EESC info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

May 2024 | DE

Die lokale Sicht – S4 Folge 7: Zu jung, zu alt, von der Stimmabgabe ausgeschlossen – Mitsprache bei den Europawahlen

Willkommen beim Podcast des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses „Die lokale Sicht“. Die Europawahl 2024 naht. Bei der Gelegenheit wollen wir die Hoffnungen und Anliegen von drei Gruppen beleuchten, deren Stimmen von politischen Entscheidungsträgern oft ignoriert werden: Menschen mit Behinderungen, Seniorinnen und Senioren sowie junge Menschen.

Unsere Gäste: **Milan Šveřepa**, Vorsitzender von Inclusion Europe, äußert sich zur Zugänglichkeit der Europawahl 2024. Die Jugendaktivistin und Influencerin **Nina Skočak** erzählt uns, was für junge Menschen auf dem Spiel steht. Von **Dr. Heidrun Mollenkopf**, der Vorsitzenden der AGE-Plattform, die sich für Seniorinnen und Senioren einsetzt, erfahren wir, ob sich ältere Menschen in Wahldebatten einbezogen fühlen oder ob sie das Gefühl haben, nicht ernst genommen zu werden und von der Politik bereits abgeschrieben zu sein. Der für Kommunikation zuständige Vizepräsident des EWSA, **Laurențiu Plosceanu**, spricht darüber, was der EWSA tut, um der Stimme der Zivilgesellschaft besser Gehör zu verschaffen und dafür zu sorgen, dass die Schwächsten nicht ausgegrenzt werden.

Hören Sie sich unseren Podcast an, nutzen Sie Ihre Stimme und bringen Sie ihre Meinung zum Ausdruck. Gestalten Sie das Europa, das Sie wollen!

This page is also available in:

- ES
- BG
- CS

- DA
- EN
- ET
- FR
- EL
- GA
- HR
- IT
- LV
- LT
- HU
- MT
- NL
- PL
- PT
- FI
- RO
- SK
- SL
- SV

Available Languages:

ES | BG | CS | DA | EN | DE | ET | FR | EL | GA | HR | IT | LV | LT | HU | MT
NL | PL | PT | FI | RO | SK | SL | SV

GRUSSWORT



Grußwort

Die Erweiterung ist ein logischer nächster Schritt für Europa

Vor 20 Jahren fand die größte Erweiterung der EU statt. Im Mai 2004 wurden die Bürgerinnen und Bürger Zyperns, Tschechiens, Estlands, Ungarns, Lettlands, Litauens, Maltas, Polens, der Slowakei und Sloweniens Bürgerinnen und Bürger der EU. Leicht war dies nicht, da der Beitritt zur EU bekanntermaßen mühsam und langwierig ist. Zwanzig Jahre später können wir jedoch bei der Erweiterung von 2004 durchaus von einem Erfolg sprechen.

Durch die Erweiterung ist die EU nicht nur zu einem der größten Binnenmärkte weltweit geworden, sondern es sind auch 26 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Erfolg darf allerdings nicht nur

als Zugewinn wirtschaftlicher Vorteile gemessen werden. Die Erweiterung führte letztlich zur Öffnung von Grenzen, Millionen von Menschen können seither überall in der EU frei reisen, arbeiten und leben. Was früher ein Privileg einiger weniger war, ist ein Recht für alle geworden. Bislang haben mehr als 2,7 Millionen Studierende aus den zehn neuen Ländern an einem Austauschprogramm von Erasmus+ teilgenommen. Die erweiterte EU hat mehr Chancengleichheit für alle gebracht.

Doch Erfolg heißt nicht, dass nicht doch noch etwas dazugelernt werden kann. Dies war die erste Erweiterung dieser Art und Größenordnung, und es gibt sicherlich viele Bereiche, in denen die EU mehr erreichen könnte und sollte. Erstens muss die EU baldmöglichst damit beginnen, die Kandidatenländer in ihre Arbeit einbeziehen. Eine schrittweise Integration ist zwar kein Ersatz für einen tatsächlichen Beitritt, aber sie bietet beiden Seiten die Möglichkeit, eine solide Grundlage zu schaffen, indem sie voneinander lernen und Erfahrungen und Meinungen austauschen. Sie trägt dazu bei, persönliche Beziehungen aufzubauen und einen echten europäischen Geist zu fördern.

Zweitens sind die Grundprinzipien der EU – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Grundrechte und Grundfreiheiten – nicht verhandelbar und dürfen nicht ausgeblendet werden. Die Auflagen für den Beitritt zur EU sehen zwar klare Kriterien für die „wesentlichen Elemente“ vor, bestimmte Aspekte gehen jedoch über diesen Rahmen hinaus. Als Haus der Zivilgesellschaft ist der EWSA der Auffassung, dass eine lebendige Zivilgesellschaft und ein starker sozialer Dialog Grundvoraussetzungen für gut funktionierende Demokratien sind. Durch eine schrittweise Einbeziehung der Zivilgesellschaft aus den Kandidatenländern in die EU geben wir diesen Ländern die Möglichkeit, zu der für den Beitritt erforderlichen Stärke zu gelangen. Aus diesem Grund hat der EWSA seine Initiative zur Beteiligung der EU-Kandidatenländer ins Leben gerufen. Die „Erweiterungskandidatenmitglieder“ arbeiten nun mit unseren Mitgliedern gemeinsam an Stellungnahmen zu Themen, die für künftige Erweiterungsrunden besonders relevant sind.

Und deshalb werden die EWSA-Mitglieder auf der Plenartagung im Mai auch über den 20. Jahrestag der EU-Erweiterung diskutieren und dabei eine Bilanz ziehen und einen Blick auf eine gemeinsame Zukunft einer widerstandsfähigeren, demokratischeren und stärker geeinten EU werfen.

Oliver Röpke

Präsident des EWSA

BITTE VORMERKEN

6. Juni 2024

Ungleichgewichte beim Sozialschutz im Allgemeinen und für neue Formen der Arbeit und atypische Beschäftigung im Besonderen

19. Juni 2024

Jährliche Sitzung der Präsidenten und Generalsekretäre 2024

26. Juni 2024

Konferenz zum Thema Erschwingliche Energie – die Standpunkte der Zivilgesellschaft in die Tat umsetzen

10./11. Juli 2024

EWSA-Plenartagung



EINE FRAGE AN ...

Wir wollten von dem Berichterstatter für die EWSA-Stellungnahme „Engagement junger Menschen EU/Vereinigtes Königreich“, Cillian Lohan, wissen, welche Vorteile ein von der Europäischen Kommission vorgeschlagenes und vom EWSA unterstütztes Mobilitätsprogramm für junge Menschen hätte. Mit diesem Programm könnten junge Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs und der EU leichter in dem jeweils anderen Teil Europas leben, studieren und arbeiten. Gibt es jetzt andere mögliche Ansätze zur Wiederherstellung der durch den Brexit abgebrochenen Beziehungen, nachdem das Vereinigte Königreich den Vorschlag für ein EU-weites Abkommen über die Freizügigkeit junger Menschen abgelehnt hat?



IN GEMEINSAMEN ERFAHRUNGEN LIEGT DER WAHRE WERT VON MOBILITÄT – WIR WERDEN UNS WEITERHIN DAFÜR EINSETZEN

von Cillian Lohan

Der freie Personenverkehr in der EU hat für alle Beteiligten zahlreiche Vorteile mit sich gebracht. Für junge Menschen ist Mobilität stets besonders wichtig gewesen, denn so konnten sie in verschiedene europäische Kulturen eintauchen und die Lebensweise anderer Länder in Europa kennenlernen. Dabei haben sie auch erkannt, dass wir viele Gemeinsamkeiten haben. Arbeit oder Studium in einem anderen Land helfen uns dabei, unsere Gemeinsamkeiten als Menschen besser zu verstehen. Unabhängig von unserer Sprache, unserer Ernährung oder unserem Wetter haben wir so viele Dinge gemein – Beziehungen zu Familie und Freunden, Hoffnungen und Kämpfe, Herausforderungen und Chancen.

Durch diesen Austausch zwischen Ländern entsteht eine Gesellschaft erwachsener Menschen, die anderen gegenüber Offenheit und Verständnis zeigen. Dann sehen wir in den Bürgerinnen und Bürgern unserer europäischen Nachbarländer keine Fremden mehr, sondern Freunde.

Dies spielt für die Wahrung von Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Mobilität junger Menschen bildet den Eckpfeiler der derzeitigen Kooperation und Zusammenarbeit.

Vor diesem Hintergrund habe ich eine Initiativstellungnahme zur Mobilität junger Menschen und zu den Beziehungen zwischen ihnen in der EU nach dem Brexit vorgeschlagen. Mit meinen Kolleginnen und Kollegen, den Bediensteten und den Mitgliedern haben wir die betroffenen Gruppen umfassend konsultiert. Dazu gehörten Vertreter der EU und des Vereinigten Königreichs; wir haben uns in Videokonferenzen oder persönlich getroffen und auch per E-Mail ausgetauscht. Unsere Arbeit wurde auf der EWSA-Plenartagung von einer überwältigenden Mehrheit unterstützt.

Die europäischen Institutionen reagierten darauf mit einem umfassenden Angebot an verbesserten Mobilitätsprogrammen für junge Menschen im Vereinigten Königreich. Dies wurde zunächst vom Vereinigten Königreich abgelehnt, doch werden wir weiterhin die Vorteile für alle Seiten aufzeigen.

Im Übrigen profitieren nicht nur in Vollzeitausbildung befindliche Personen wie Hochschulstudierende von Programmen wie Erasmus+ oder dem Fonds „Kreatives Europa“: Mit derartigen EU-Initiativen können junge Menschen aus allen Gesellschaftsbereichen an Austauschprogrammen teilnehmen und einmalige Erfahrungen sammeln.

Oft werden nur die damit verbundenen Kosten und der finanzielle Ertrag berücksichtigt. Dies spiegelt jedoch nur einen Aspekt des Wertes wider: Der tatsächliche Wert von Mobilität und Austausch liegt in gemeinsamen Erfahrungen und gegenseitigem Verständnis. Ein lebendiger, multikultureller Kontinent benötigt Interaktion und Freizügigkeit. Im EWSA werden wir uns weiterhin dafür einsetzen. Konkret gehen wir mit gutem Beispiel voran und arbeiten weiterhin mit der Zivilgesellschaft im Vereinigten Königreich zusammen.

Wir haben eine Vereinbarung mit der Civil Society Alliance des Vereinigten Königreichs und eine spezifische Vereinbarung mit SAFE in Schottland (in Zusammenarbeit mit unserem ehemaligen EWSA-Mitglied Irene Oldfather) unterzeichnet. Diese Kooperation werden wir fortsetzen und ausbauen. Der Jugendsektor ist in schwierigen Zeiten und insbesondere beim Klimaschutz vorangegangen. Lassen Sie uns auf institutioneller Ebene zusammenarbeiten, um junge Menschen mit allen für den Ausbau ihrer Tätigkeit notwendigen Instrumente auszustatten und um die Energie der Jugend zugunsten einer helleren Zukunft für uns alle zu nutzen.

TO THE POINT

ZUR SACHE

Europa spielt bei der Versorgung mit medizinischen Radioisotopen eine führende Rolle auf dem Weltmarkt. Dennoch ist es bei wichtigen Ausgangsstoffen und spezifischen Verarbeitungsprozessen in hohem Maße auf Drittländer angewiesen. Dies birgt das Risiko, dass Lieferketten gestört werden und der Zugang zu lebensrettenden Diagnosen und Behandlungen für viele Europäerinnen und Europäer

gefährdet wird. Um diesen Trend umzukehren und der steigenden Nachfrage der Patienten gerecht zu werden, brauchen wir öffentliche und private Investitionen in Forschung und Entwicklung und in neue Produktionsinfrastrukturen sowie eine solide Regulierung und mutige politische Entscheidungen, erklärt Alena Mastantuono, Berichterstatterin für die EWSA-Stellungnahme zur Versorgung mit medizinischen Radioisotopen.



KREBSBEKÄMPFUNG DURCH BEWÄLTIGUNG DER STRATEGISCHEN ABHÄNGIGKEITEN DER EU

Von Alena Mastantuono

Jedes Jahr profitieren mehr als zehn Millionen Patientinnen und Patienten in Europa von der Nuklearmedizin durch Diagnose und Behandlung von Krankheiten wie Krebs, aber auch von kardio- und neurovaskulären Erkrankungen.

Radiologie- und Nukleartechnologien, bei denen Radioisotope zum Einsatz kommen, sind für die Krebsbekämpfung in jeder Behandlungsphase unerlässlich, von der Früherkennung über die Diagnose und Behandlung bis hin zur Palliativversorgung.

Die Zahl der Patienten, die von der Nuklearmedizin profitieren, steigt, was vor allem auf wissenschaftliche Durchbrüche zurückzuführen ist. Europäische Forschende und Unternehmen haben einige der neuesten innovativen Radioligandentherapien gegen Krebs entwickelt, z. B. Pharmaka zur Behandlung von endokrinen Tumoren und Prostatakrebs sowie disseminierten Metastasen. So ist Lutetium-177 ein sehr vielversprechendes Radioisotop für die Behandlung von Prostatakrebs, der jedes Jahr in Europa 90 000 Todesopfer fordert. Im Vergleich zu herkömmlichen Behandlungen wirkt die moderne Radionuklidtherapie direkt auf Krebszellen und ist oft weniger schädlich für den Körper. Zehntausende Patienten benötigen eine gezielte Radionuklidtherapie, häufig gegen Krebserkrankungen, für die es keine alternativen Behandlungsmöglichkeiten gibt.

Vor der nuklearmedzinischen Behandlung der Patienten steht jedoch eine hochkomplexe Lieferkette. Sie umfasst die Gewinnung der Ausgangsstoffe und ihre Lagerung, Bestrahlung, Verarbeitung, Logistik und Anwendung. Nach ihrer Herstellung müssen die Radioisotope in relativ kurzer Zeit verarbeitet, vertrieben und eingesetzt werden, einige am selben Tag, andere innerhalb weniger Tage, je nach Halbwertszeit. Sie sind leicht und schnell verderblich.

Überraschenderweise wird diesen Merkmalen beim grenzüberschreitenden Transport und den entsprechenden Zollverfahren nicht Rechnung getragen. So gibt es beispielsweise mehrere Zollschranken, aufgrund derer Garnelen an der Grenze Vorrang vor Radioisotopen haben könnten, mit denen das Leben eines Patienten gerettet werden soll.

Deshalb fordert der EWSA in seiner Stellungnahme zur Versorgung mit medizinischen Radioisotopen eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, um die regulatorischen Hindernisse zu beseitigen. Er geht darin auf jede einzelne Stufe der Lieferkette der Radioisotope in Europa ein und zeigt die Hindernisse bei grenzüberschreitenden Lieferungen sowie die Abhängigkeiten von Drittländern auf. Zudem schlägt er Lösungen für fehlende Infrastrukturen in Europa vor und weist darauf hin, dass Forschung und Entwicklung koordiniert werden müssen.

Die Empfehlungen der Stellungnahme stehen im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der EU im April, laut denen die strategischen Abhängigkeiten Europas in sensiblen Sektoren wie Gesundheit und kritischen Technologien verringert werden müssen. Außerdem wird darin betont, dass die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen und der grenzüberschreitende Warenverkehr, einschließlich so wesentlicher Güter wie Arzneimittel, im Mittelpunkt stehen müssen, was auch dem Tenor des Berichts von Enrico Letta entspricht.

Die EU muss Produktionsanreize schaffen, um eine bessere strategische Autonomie bei der Versorgung mit Radioisotopen zu gewährleisten. Obwohl die EU bei der Versorgung des Weltmarkts mit medizinischen Radioisotopen führend ist, ist sie bei der Versorgung mit hochkonzentriertem schwach angereichertem Uran (HALEU) und mit einigen angereicherten Isotopen für Targets für die Produktion von Radioisotopen maßgeblich von den USA und Russland abhängig.

Bei der Versorgung mit Targets mit stabilen Isotopen, mit denen sich bestimmte Radioisotope moderner oder sich entwickelnder molekularer Radiotherapien herstellen lassen, z. B. Yterbium-176 zur Herstellung von Lutetium-177, ist sie nach wie vor stark auf Russland angewiesen.

Damit steht die Lieferkette für dieses spezifische Radioisotop, für das sich die weltweite Nachfrage in den kommenden Jahren voraussichtlich verdreifachen wird, vor einer echten Herausforderung.

Die Lieferkette hängt auch von den Produktionsverfahren in Reaktoren oder mit Beschleunigern sowie von der Verarbeitung und Lieferung an das Krankenhaus ab. Um für alle den gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, sollten die Mitgliedstaaten, insbesondere Forschungszentren und Krankenhäuser, enger zusammenzuarbeiten. Denn der Zugang zu Strahlentherapien ist in den verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedlich, insbesondere in der Entwicklungs- und der Pilotphase. Es geht um einen schnelleren Zugang zu Medikamenten in der Forschungsphase oder in Härtefällen sowie den verbesserten Zugang kleinerer Krankenhäuser, denen es bisweilen an Expertise und Infrastruktur mangelt. Für einige Patienten kann dieser Zugang lebensrettend sein.

Die EU-Finanzierung für Forschung, Entwicklung und Innovation in der Nuklearmedizin, insbesondere im Rahmen des Programms Horizont Europa und des Euratoms-Programms, ist von entscheidender Bedeutung, um den Bedürfnissen der Patienten gerecht zu werden. Europa sollte strategische Projekte von gemeinsamem Interesse in diesem Bereich über den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen der EU finanzieren. Die Strategische Agenda für medizinische Anwendungen ionisierender Strahlung (SAMIRA) der Europäischen Kommission und die Europäische Initiative zur Gründung eines Exzellenzzentrums für Radioisotope (ERVI) im Zusammenhang mit dem europäischen Plan zur Krebsbekämpfung sind wertvolle Projekte. Aber die Europäische Kommission sollte weiter gehen und der Nuklearmedizin in Europas Plan gegen den Krebs und in der Mission „Krebs“ im Rahmen von Horizont Europa mehr Gewicht einräumen.

Auch die Mitgliedstaaten sollten gesundheitspolitische Maßnahmen mit Schwerpunkt auf medizinisch genutzten radiologischen und nuklearen Technologien finanzieren. Das wäre ein gutes Signal für die Industrie und würde die Entwicklung und das Wachstum von Forschung und Innovation sowie der industriellen Infrastruktur in Europa ermöglichen. Außerdem könnten so mehr Menschen für den Sektor gewonnen werden.

Nur durch mutige politische Entscheidungen lässt sich in Europa eine bessere Versorgung mit Radioisotopen gewährleisten und der steigenden Nachfrage der Patienten gerecht werden.



ÜBERRASCHUNGSGAST

Nach 20 Jahren im Vorzimmer der EU hat die öffentliche Unterstützung für eine EU-Mitgliedschaft in Nordmazedonien nachgelassen. Trotz der schleppenden Fortschritte, der Rückschläge und der Verzögerungen – nachdem Nordmazedonien bereits im Dezember 2005 der Status eines Kandidatenlandes zuerkannt wurde, dauerte es 15 Jahre bis zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen, so lang wie nie zuvor in der Geschichte der EU – ist die Aussicht auf wirtschaftlichen Wohlstand und regionale Stabilität nach wie vor der Hauptgrund für das Bestreben des Landes, der EU beizutreten. Allerdings müsse die EU auch zeigen, dass sie bereit ist, den Beitrittsprozess voranzubringen und Fortschritte zu belohnen. Diese Ansicht vertritt unser Überraschungsgast Biljana Spasovska, Exekutivdirektorin des Netzes für die Entwicklung der Zivilgesellschaft auf dem Balkan (BCSDN) und EWSA-„Erweiterungskandidatenmitglied“ für Nordmazedonien.

Biljana Spasovska ist Exekutivdirektorin des Netzes für die Entwicklung der Zivilgesellschaft auf dem Balkan (BCSDN), eines regionalen Netzes zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Förderung und Stärkung der Zivilgesellschaft auf dem Balkan. Außerdem ist sie derzeit Ko-Vorsitzende der Plattform „CSO Partnership for Development Effectiveness“, Mitglied der Partnerschaft „Global Standard for CSO Accountability“ und „Erweiterungskandidatenmitglied“ im EWSA.

Frau Spasovska hat mehr als zehn Jahre Erfahrung als Führungskraft in den Bereichen Politikgestaltung und Interessenvertretung und hat sich in dieser Funktion für die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft auf dem Balkan und in den politischen Prozessen auf nationaler und EU-Ebene eingesetzt. Sie hat mehrere regionale, europäische und globale Kooperationsprojekte zur Schaffung eines günstigeren zivilgesellschaftlichen Umfelds, einer glaubwürdigeren EU-Erweiterungspolitik, einer stärkeren zivilgesellschaftlichen Rechenschaftspflicht und einer wirksameren Entwicklungszusammenarbeit geleitet und mitgestaltet.

Als Absolventin der Universität Bologna (MA „Interdisziplinäre Studien“) promoviert sie derzeit zum Thema Globalisierung und Demokratie.



EU-BEITRITT NORDMAZEDONIENS: HERAUSFORDERUNGEN, VERSPRECHEN UND DIE NÄCHSTEN SCHRITTE

von Biljana Spasovska,

Netz für die Entwicklung der Zivilgesellschaft auf dem Balkan (BCSDN)

Nach einer Reihe von Rückschlägen und Verzögerungen aufgrund ungelöster bilateraler Streitigkeiten und der nachlassenden öffentlichen Unterstützung ist Nordmazedonien auf seinem Weg zum EU-Beitritt nunmehr an einem kritischen Punkt angelangt. Trotz dieser Hindernisse bleibt die Aussicht auf wirtschaftlichen Wohlstand und regionale Stabilität die treibende Kraft hinter dem Bestreben des Landes nach einer EU-Mitgliedschaft.

Die Meinungsumfragen der letzten Jahre offenbaren eine besorgniserregend schwindende Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft. Dieser Trend spiegelt die allgemeine Enttäuschung angesichts des schleppenden Fortschritts und des vermeintlich mangelnden Engagements der EU-Mitgliedstaaten wider.

Der Weg des Landes in die EU ist mit komplexen Problemen behaftet, die über die Grenzen Nordmazedoniens hinausreichen. Die Krise der Demokratie und die politische Instabilität in der Region und in den Beziehungen der EU-Mitgliedstaaten untereinander sowie das Erstarken eines rechtsgerichteten Nationalismus stellen den Integrationsprozess vor erhebliche Herausforderungen. Trotzdem gibt es auch Grund für Optimismus und einen Neuanfang, da viele Menschen die Integration in die EU als Weg zu künftigem Wohlstand und einem höheren Lebensstandard sehen. Positiv zu werten ist überdies, dass das Land bereits recht gut mit den EU-Rechtsvorschriften im Einklang ist.

Nordmazedonien muss jetzt vorrangig Fortschritte bei Reformen und den Verhandlungskapiteln in kritischen Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit, Justiz, Demokratie und Verbesserung der öffentlichen Verwaltung erzielen. Sichtbare, durch den EU-Beitrittsprozess vorangetriebene Fortschritte in diesen Bereichen würden auch der öffentlichen Unterstützung für die EU zugute kommen. Damit Nordmazedonien den kurvenreichen und oft holprigen Weg zum Beitritt meistern kann, kommt es entscheidend auf das Bekenntnis zu demokratischen Werten, die regionale Zusammenarbeit und das Streben nach einer gemeinsamen europäischen Zukunft an.

Das Land muss politische Reife zeigen und die erforderlichen Reformen durchführen; die EU wiederum muss der Bevölkerung Nordmazedoniens beweisen, dass der Beitrittsprozess fair und leistungsorientiert ist, und dass es vorwärts geht. Der politische Wille, den Beitritt voranzubringen, muss – so wie gegenüber der Ukraine – unter Beweis gestellt werden. Fortschritte müssen belohnt werden, und es muss sichergestellt werden, dass beide Seiten über genügend Kapazitäten verfügen, um den Prozess voranzutreiben.

Schließlich sollte klar sein, dass es keine Alternative zu dem für alle Beteiligten vorteilhaften EU-Beitritt Nordmazedoniens bzw. der gesamten Region gibt. Nordmazedonien mag zwar klein sein; sein reiches kulturelles Erbe, seine strategische Lage und sein Engagement für demokratische Werte würden jedoch für regionale Stabilität sorgen, Chancen für Wirtschaftswachstum schaffen und die Vielfalt und den Zusammenhalt der EU stärken.



EUROPAWAHL, 6. BIS 9. JUNI 2024: „ICH GEHE WÄHLEN. DU AUCH?“

Im letzten Artikel unserer Kolumne „Ich gehe wählen. Du auch?“ schreibt Antoine Fobe, Leiter des Bereichs „Interessenvertretung und Kampagnen“ der Europäischen Blindenunion, über die Forderungen seiner Organisation nach mehr Barrierefreiheit bei den Wahlen. Trotz der Bemühungen von Behindertenverbänden, des EWSA und des Europäischen Parlaments ist es auch diesmal wieder zu spät, bei den Europawahlen mit gutem Beispiel voranzugehen.



EUROPAWAHLEN VORBILDLICH BEI DER BARRIEREFREIHEIT? – EINE VERPASSTE CHANCE

von Antoine Fobe

Die Europawahlen stehen unmittelbar bevor, und wir, die Europäische Blindenunion (EBU), ermutigen alle blinden und sehbehinderten Wählerinnen und Wähler, ihre Stimme abzugeben und so für ihre Wünsche und Bedürfnisse einzutreten, auch wenn dies nach wie vor schwierig sein mag. Dabei sollten sie auch berücksichtigen, wie wichtig das Thema Inklusion den Kandidaten und Parteien im Einklang mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist.

Die Europäische Blindenunion (EBU) vertritt die blinden und sehbehinderten Menschen in Europa. Wir setzen uns für eine barrierefreie und inklusive Gesellschaft ein, in der sehbehinderte Menschen die gleichen Chancen haben, an allen Aspekten des Lebens uneingeschränkt teilhaben zu können. Die politische Teilhabe ist natürlich ein wesentlicher Aspekt, da sehbehinderte Bürgerinnen und Bürger durch ihre Stimme und ihr politisches Handeln eine behindertenfreundliche Politik und Gesetzgebung fördern können.

Im Vorfeld der Europawahlen 2024 ist die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen sowohl als Wähler als auch als Kandidaten ein wichtiges und aktuelles Thema.

Laut einem Bericht des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) aus dem Jahr 2019 konnten rund 400 000 Menschen mit Behinderungen bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) ihr Wahlrecht nicht ausüben. Weniger als 5 % der EP-Mitglieder haben eine Behinderung.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen fordert die EBU in ihrer Erklärung zu den EP-Wahlen als Ausgangspunkt erneut die Festlegung von Standards für die Barrierefreiheit der Wahlen (Abstimmungsverfahren), für die Wahlinformationen (Veranstaltungsorte und Materialien im Zusammenhang

mit Wahlkampagnen, politische Debatten, Programme und Websites der politischen Parteien) und für die Verfahren im Anschluss an die Wahlen (z. B. Beschwerdemechanismen) sowie ein gleichberechtigtes passives Wahlrecht.

Wir legen den Schwerpunkt auf die EP-Wahlen, da nur die Europawahlen als Bestandteil der Unionsbürgerschaft in die Zuständigkeit der Europäischen Union fallen. In den Bereichen, in denen die EU Kompetenzen hat, kann sie gleiche Rechte für Menschen mit Behinderungen gewährleisten. Da die Durchführung der Wahlen jedoch weiterhin in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt, würden sich bewährte Verfahren auf EU-Ebene automatisch auch auf alle anderen Wahlen in Europa auswirken.

Leider ist es für eine vorbildliche Durchführung dieser EP-Wahlen jetzt zu spät, was jedoch nicht auf mangelndes Interesse seitens des Parlaments zurückzuführen ist, ganz im Gegenteil. So schlug das EP im Mai 2022 eine Reform des EU-Wahlrechts vor, bei der es konkret um das Recht auf eine unabhängige und geheime Wahl für Menschen mit Behinderungen, die freie Auswahl von Unterstützungsdiensten und die Barrierefreiheit der Briefwahl und politischer Kampagnen ging. Leider hat sich der Rat der EU bislang nicht zu diesem Vorschlag geäußert.

Mit Blick auf die kommende fünfjährige Legislaturperiode des EP und die entsprechende Amtszeit der Kommission fordert die EBU das neugewählte Europäische Parlament auf, weiterhin Druck auf den Rat auszuüben, damit die vorgeschlagene Reform angenommen wird und bei den Wahlen 2029 konkrete Fortschritte erzielt werden können. Wir können auf die Unterstützung des EWSA zählen, der bereits 2020 eine formale Legislativinitiative des EP gefordert hatte, um bei den EP-Wahlen ein echtes Wahlrecht für Menschen mit Behinderungen sicherzustellen. Auch können wir mit der Unterstützung der Europäischen Kommission rechnen, die im vergangenen Dezember einen „Leitfaden zu bewährten Wahlpraktiken“ veröffentlicht hat und derzeit an einem Kompendium zur elektronischen Stimmabgabe und zum Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien bei Wahlen arbeitet. In beiden Fällen werden Aspekte der Barrierefreiheit behandelt.



REKORDLAUF FÜR EUROPA – UND DER EWSA IST MIT DABEI!

Am 26. Mai nahm der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss am 44. Lauf „20 km de Bruxelles“ teil, bei dem dieses Jahr mit 45 330 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Start ein neuer Rekord aufgestellt wurde. Der EWSA war Teil des interinstitutionellen Teams „Running for Europe“ und warb während des Laufs mit dem Slogan „UseYourVote“ (Nutze Deine Stimme!) für die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an den Europawahl. Der für Kommunikation zuständige Vizepräsident des EWSA, Laurenţiu Plosceanu, und die Vertreter der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments gaben den Startschuss. Alex Kibet aus Kenia lief nach 59 Minuten und 57 Sekunden als Erster durchs Ziel. Die schnellste Frau war die Belgierin Sophie Hardy mit einer Stunde, 10 Minuten und 56 Sekunden.

EWSA



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss warnt: Paket zur Verteidigung der Demokratie verspricht mehr, als es halten kann

Als das Paket der Europäischen Kommission zur Verteidigung der Demokratie auf der EWSA-Plenartagung im April erörtert wurde, stießen Fristen und Vorgehensweise, insbesondere im Hinblick auf die Bekämpfung der Einflussnahme aus dem Ausland, bei den Mitgliedern auf Bedenken. Aus Sicht des EWSA ist das Paket nicht nur unwirksam, es könnte dem zivilgesellschaftlichen Raum in Europa sogar schaden.

Mit dem Paket zur Verteidigung der Demokratie wird die erklärte Absicht verfolgt, in Europa für mehr Transparenz und demokratische Rechenschaftspflicht zu sorgen. Aus Sicht des EWSA ist das Paket jedoch hochproblematisch. Kritisiert wird, dass es viel zu spät gekommen ist, um in Bezug auf die 2024 anstehende Europawahl noch etwas zu bewirken, und dass den Empfehlungen zur Stärkung der Demokratie in Europa, die der Ausschuss vorab unterbreitet hatte, in keiner Weise Rechnung getragen wurde.

EWSA-Präsident **Oliver Röpke** erklärte: „Wenn von ‚Gefahren' für unsere Demokratien gesprochen wird, darf nicht vergessen werden, wie entschlossen sich die EU für die Verteidigung der Demokratie, der Grundrechte und des Rechtsstaatsprinzips einsetzt und welche Erfolgsbilanz die amtierende Kommission diesbezüglich aufweisen kann. Der EWSA hat auch die Bedenken zur Kenntnis genommen, die viele Akteure der Zivilgesellschaft in Bezug auf die für sie mit dem Paket verbundenen Risiken geäußert haben. Wir müssen einen gemeinsamen Ansatz finden, der die Verteidigung der Demokratie mit den notwendigen Garantien zur Wahrung des zivilgesellschaftlichen Raums verbindet."

Der EWSA unterstützt natürlich die mit der vorgeschlagenen Richtlinie verfolgten Transparenzziele für Lobbytätigkeiten im Auftrag von Drittländern. Er spricht sich jedoch entschieden gegen die vorgeschlagenen Methoden aus und warnt vor deren unbeabsichtigten Folgen für den zivilgesellschaftlichen Raum. **Christian Moos**, EWSA-Berichterstatter für die Stellungnahme zum *Paket zur Verteidigung der Demokratie*: „Wir halten diese Richtlinie für gefährlich, denn sie erinnert an das ‚Gesetz über ausländische Agenten': Nichtstaatliche Organisationen können durch die Richtlinie stigmatisiert werden. Es liegt also auf der Hand, dass der vorliegende Vorschlag zurückgezogen werden sollte. Es besteht die Gefahr, dass das Problem des schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raums in Europa durch die Richtlinie weiter verschärft wird, und das ist ganz sicher nicht, was die Kommission erreichen will."

Ko-Berichterstatter **José Antonio Moreno Díaz** ist skeptisch, dass die Ursachen für die Aushöhlung der Demokratie in der EU mit dem Paket beseitigt werden können. Durch die alleinige Fokussierung auf externe

Bedrohungen werden die perfiden Versuche, die EU-Demokratien aus dem Innern heraus zu destabilisieren, ignoriert. Entsprechende Aktivitäten geraten so vollkommen aus dem Blickfeld.

Die Kommission hat die Bedenken, die hinsichtlich der Auswirkungen des Pakets auf nichtstaatliche Organisationen vorgebracht wurden, zur Kenntnis genommen. Sie ist jedoch der Ansicht, dass bereits entsprechende Schutzvorkehrungen bestehen. (gb)



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss billigt Vereinbarung zur Einrichtung eines interinstitutionellen Ethikgremiums

Der EWSA hat auf seiner Plenartagung am 25. April die Vereinbarung zur Einrichtung eines interinstitutionellen Gremiums für ethische Standards gebilligt. Offiziell unterzeichnet wurde die Vereinbarung von den Vertretern der beteiligten Organe und Einrichtungen der EU am 15. Mai. Am 6. Juni tritt sie in Kraft – also an dem Tag, an dem die Europawahl beginnt.

Die Vereinbarung stellt einen bedeutenden Schritt in Richtung einer gemeinsamen Kultur der Integrität und Ethik dar.

Das neue EU-Gremium wird gemeinsame Mindeststandards für ethisches Verhalten aufstellen, aktualisieren und auslegen und darüber Bericht erstatten, wie diese Standards in die Geschäftsordnungen der einzelnen beteiligten Organe und Einrichtungen der EU integriert wurden.

Neben dem EWSA sind sieben weitere EU-Institutionen an dem Ethikgremium beteiligt: das Europäische Parlament, der Rat der EU, die Europäische Kommission, der Gerichtshof der Europäischen Union, die Europäische Zentralbank, der Europäische Rechnungshof und der Europäische Ausschuss der Regionen.

Jede beteiligte Institution wird durch ein hochrangiges Mitglied vertreten. Mit dem Vorsitz wechseln sich die Institutionen nach dem Rotationsprinzip jedes Jahr ab.

Das Gremium wird bei seiner Arbeit von fünf unabhängigen Sachverständigen unterstützt, die auf Anfrage Stellungnahmen abgeben. Die Vertragsparteien können die Sachverständigen individuell zu standardisierten schriftlichen Erklärungen, einschließlich Interessenerklärungen, konsultieren. (mp)



EU-Kommissarin Johansson ruft EWSA zur Unterstützung eines Team-Europa-Ansatzes für Arbeitsmigration auf

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) erörterte auf seiner April-Plenartagung das Paket zur Mobilität von Fachkräften. Diese Initiative umfasst eine Reihe neuer Maßnahmen, welche die Europäische Union für Fachkräfte aus Drittländern attraktiver machen und die Binnenmobilität erleichtern sollen.

Gastrednerin **Ylva Johansson**, EU-Kommissarin für Inneres, bat den EWSA um Unterstützung dabei, die Mitgliedstaaten und die Organisationen der Zivilgesellschaft für dieses innovative Vorhaben zu gewinnen und so zu einer effektiven Politik für Arbeitsmigration beizutragen.

Eine der grundlegenden Maßnahmen des Pakets zur Mobilität von Fachkräften bildet die Initiative „Talentpool“, das erste freiwillige Vermittlungsinstrument auf EU-Ebene: Interessierte Mitgliedstaaten können Arbeitgeber aus der EU mit Arbeitsuchenden aus Drittländern zusammenbringen.

EWSA-Präsident Oliver Röpke: „Die EU steht aufgrund des Übergangs zu einer grünen und digitalen Wirtschaft sowie der demografischen Herausforderungen vor einem gravierenden Arbeits- und Fachkräftemangel. Hierbei kann das Paket zur Mobilität von Fachkräften eines der Instrumente zur Linderung dieser Probleme darstellen.“

Die EU-Kommissarin für Inneres, **Ylva Johansson**, forderte für die Arbeitsmigration einen Team-Europa-Ansatz mit einer umfassenderen europäischen Dimension. „Die Arbeitsmigration fällt in erster Linie in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, und dies wird auch so bleiben. Wir müssen jedoch einen Team-Europa-Ansatz entwickeln, bei dem die EU-Institutionen, die Mitgliedstaaten und die Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um neue Initiativen zu verwirklichen und die Umsetzung der Maßnahmen zur Arbeitskräftemobilität zu erleichtern.“

EWSA-Mitglied **Tatjana Babrauskienė**, Berichterstatterin für die auf dieser Plenartagung verabschiedete Stellungnahme zum Paket zur Mobilität von Fachkräften, betonte: „Der EU-Talentpool muss ein praktisches, benutzerfreundliches und verlässliches Instrument sein, das für Arbeitnehmer und Arbeitgeber attraktiv ist. Zugleich muss damit eine faire und ethische legale Arbeitsmigration unterstützt werden.“ (at)



EWSA begrüßt historische Abstimmung im Europäischen Parlament über die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und bekräftigt sein Bekenntnis zur Förderung der Frauenrechte

Jede zehnte Frau lebt in bitterer Armut. Jede dritte Frau macht Gewalterfahrungen. Weltweit, auch in der EU, sind zunehmend Rückschritte bei den Rechten der Frauen zu beobachten. Kurz vor der Europawahl und der Bildung einer neuen Europäischen Kommission kommt es im Hinblick auf die Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen entscheidend auf eine kontinuierliche institutionelle und zivilgesellschaftliche Unterstützung an.

Am 25. April führte der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)** auf seiner Plenartagung eine Debatte mit einigen der wichtigsten Organisationen, die sich in der EU für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen, um die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass die Rechte der Frauen auch in der nächsten EU-Legislaturperiode dringend gefördert werden müssen.

Am Vortag hatte das Europäische Parlament grünes Licht für die erste EU-Richtlinie zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt gegeben. Im Mittelpunkt der Debatte standen die Schlussfolgerungen der 68. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau. Die UN-Frauenrechtskommission ist das weltweit wichtigste internationale Forum für die Bewertung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Geschlechtergleichstellung. Dieses Jahr stand die Armut von Frauen im Mittelpunkt.

Als Beitrag zur 68. Tagung der Frauenrechtskommission, die im März in New York stattfand, hatte der EWSA eine Erklärung zu „Armut aus der Perspektive der Geschlechtergleichberechtigung“ mit zehn Aktionspunkten für die Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und den sozialen Schutz von Frauen vorgelegt.

„Da Armut nicht geschlechtsneutral ist, darf auch unsere Reaktion auf Armut nicht geschlechtsneutral sein. Gewalt gegen Frauen wirkt sich auf das ihr Armutsrisiko und ihre Fähigkeit zur gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsmarkt aus. Daher begrüße ich das Ergebnis der Abstimmung im Europäischen Parlament über die allererste EU-Richtlinie zum Schutz von Frauen vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt“, erklärte **EWSA-Präsident Oliver Röpke**.

Durch ein konzertiertes Vorgehen auf allen Ebenen ist es während der Amtszeit der aktuellen EU-Kommission gelungen, verschiedene Meilensteine zu erreichen, wie die Entgelttransparenz-Richtlinie und die Strategie für Pflege und Betreuung der EU, erklärte **Lanfranco Fanti**, Mitglied des Kabinetts der EU-Kommissarin für Gleichheitspolitik Helena Dalli.

In der Debatte wurden eine Ratsformation für die Gleichstellung der Geschlechter, ein EU-Koordinator für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie die Beibehaltung des Ressorts Gleichheitspolitik auch in der neuen EU-Kommission gefordert.

„Wir brauchen politische Unterstützung seitens der EU“, erklärte **Florence Raes**, Direktorin von *UN Women Brussels*. Trotz realer Fortschritte bei der Gleichstellung werden die Rechte der Frauen in beispiellosem Ausmaß untergraben, und es besteht zunehmend die Gefahr, dass das Thema Gleichstellung aus der Prioritätenliste verdrängt wird.

„Wenn man eine Frau ist und zudem einer Minderheit angehört, hat man es nicht leicht. Wir dürfen nicht vergessen, dass Gleichheit allein nicht mehr ausreicht: Es braucht auch Intersektionalität“, sagte **Ilaria Todde**, Direktorin für Interessenvertretung des Netzes *EuroCentralAsian Lesbian* Community*.

„Gewalt gegen Frauen ist weltweit tief in patriarchalischen Strukturen verwurzelt. Wir begrüßen daher die Annahme der allerersten EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“,

erklärte **Mary Collins**, Direktorin der Europäischen Frauenlobby. (ll)



„Es gilt, unsere Waren und Technologien zu exportieren, aber nicht unsere Arbeitsplätze. Investiert werden muss in Europa.“

Auf der Plenartagung des EWSA im April betonten Maive Rute, für den Binnenmarkt zuständige stellvertretende Generaldirektorin der Kommission, und EWSA-Präsident Oliver Röpke, dass die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU für die Steigerung des Wachstums unserer Wirtschaft und des Wohlergehens unserer Gesellschaft unabdingbar ist.

Nach Ansicht von **Rute** ist keine Zeit zu verlieren. Die EU müsse unverzüglich handeln, wenn sie gegenüber den übermächtigen Wirtschaftsgiganten der Welt aufholen und bestehen wolle.

Zum Stand der Wettbewerbsfähigkeit der EU erklärte sie: „Was wir brauchen, ist ein radikaler Wandel. Auf guten Willen zu vertrauen reicht für die Verwirklichung des Binnenmarkts nicht aus – er muss durchgesetzt werden. Es gilt, unsere Waren und Technologien zu exportieren, aber nicht unsere Arbeitsplätze. Unsere Industrien müssen wettbewerbsfähig sein, und Investitionen müssen in Europa getätigt werden.“

Die Wettbewerbsfähigkeit sei ein Eckpfeiler des wirtschaftlichen Erfolgs der EU, der Wachstum, Innovation und Wohlstand fördere und gleichzeitig ihren globalen Einfluss und ihre Widerstandsfähigkeit stärke, betonte **Röpke** und fügte hinzu: „Bei Diskussionen über die europäische Wettbewerbsfähigkeit müssen wir die Menschen in den Mittelpunkt stellen und dafür sorgen, dass niemand zurückgelassen wird. Letztlich geht es darum, wie die Wettbewerbsfähigkeit sich auf das Wohlergehen, die Chancen und den Wohlstand des Einzelnen und der Gemeinschaften auswirkt. Deshalb muss den Bedürfnissen, Rechten und Anliegen der Menschen bei solchen Diskussionen stets Vorrang eingeräumt werden.“

Auf der Plenartagung wurde auch die von der Berichterstatterin **Emilie Prouzet** und dem Ko-Berichterstatter **Stefano Palmieri** erarbeitete Stellungnahme „Langfristige Strategie für Wettbewerbsfähigkeit“ verabschiedet. (mp)



Bahnbrechende Lösungen für die Kreislaufwirtschaft: Maßgebende Konferenz des EWSA als Wegweiser für den Wandel in Europa

Die Europäische Plattform der Interessenträger für die Kreislaufwirtschaft (ECESP), eine vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) mitentwickelte und mitorganisierte Initiative, veranstaltete ihre renommierte Konferenz dieses Jahr am 15./16. April in Zusammenarbeit mit dem belgischen EU-Ratsvorsitz und dem in Finnland ansässigen Weltforum der Kreislaufwirtschaft (WCEF).

Bei der Konferenz, zu der mehr als 1 000 Teilnehmer und 150 Redner im Brüsseler Kongresszentrum „Square“ zusammenkamen, wurden wirkungsvolle kreislauforientierte Lösungen aufgezeigt, die sich an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Delegierte des EWSA berichteten über die Erfolgsgeschichte der ECESP.

Cillian Lohan, EWSA-Mitglied und Mitbegründer der ECESP, begrüßte die Plattform als „Netz der Netze“, mit dem zwischen den politischen Entscheidungsträgern und der Zivilgesellschaft eine Brücke geschlagen wird, um die Kreislaufwirtschaft schneller voranzubringen. **Anders Ladefoged**, Mitglied der ECESP-Koordinierungsgruppe, machte deutlich, dass die ECESP als Lern- und Kooperationsplattform einen wichtigen Beitrag zur Debatte über die Fortschritte und Defizite Europas beim Aufbau einer Kreislaufwirtschaft leistet. EWSA-Mitglied **Maria Nikolopoulou** hob die zunehmende Interaktivität der ECESP hervor, die durch Initiativen wie #EUCircularTalks zur Förderung des Dialogs beiträgt.

Im Abschlussplenum der Konferenz kündigte **Jutta Urpilainen**, **EU-Kommissarin für internationale Partnerschaften**, zwei Initiativen an, mit denen die weltweite Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft unterstützt werden soll: das Ressourcenzentrum der EU für die Kreislaufwirtschaft, für das die Europäische Kommission 15 Mio. Euro bereitstellt, und das Programm zur Unterstützung der ost- und südafrikanischen Länder bei der Umstellung auf eine Kreislauftwirtschaft („SWITCH to Circular Economy in East and Southern Africa“), zu dem die Kommission über einen Zeitraum von fünf Jahren 40 Mio. Euro beisteuern wird. Die ECESP hat für beide Initiativen ihre Unterstützung zugesagt.

Die Plattform wurde 2017 vom EWSA und der Europäischen Kommission ins Leben gerufen und zielt darauf ab, den Dialog zu fördern, bewährte Verfahren zu verbreiten und Informationen über die Kreislaufwirtschaft bereitzustellen, um Visionen in die Tat umzusetzen. Der EWSA setzt sich seit jeher aktiv für die Kreislaufwirtschaft ein und hat bereits den 2015 vorgelegten Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft unterstützt. Die Plattform dient dem gemeinsamen Bestreben, alle Interessenträger an der Verwirklichung eines kreislauforientierten Konzepts zu beteiligen und so den Wandel durch Dialog und Zusammenarbeit zu beschleunigen. (ks)



Desinformation als Waffe ausländischer Mächte zum Schaden unserer Gesellschaften

Die Fachgruppe Außenbeziehungen (REX) des EWSA hat ihre zweite Kampagne und Konferenz zur Bekämpfung von Desinformation veranstaltet. Sie sind Teil ihres übergeordneten Projekts zum Thema Desinformation, das mithilfe der

Zivilgesellschaft umgesetzt werden soll.

Nach der erfolgreichen Kampagne in Bulgarien fand die Veranstaltung diesmal am 18. April in Moldau statt. Die Republik Moldau hat unlängst ihre Kapazitäten im Bereich strategische Kommunikation und strategischer Dialog durch zwei entsprechende Stellen verstärkt: das Zentrum für strategische Kommunikation und die Bekämpfung von Desinformation und das Zentrum für Bürgerinitiativen für nationale Minderheiten.

Die Konferenz fand in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Universität Moldau in Chișinău statt.

EWSA-Präsident **Oliver Röpke** wies in seiner Rede auf der Konferenz darauf hin, wie wichtig es ist, den Dialog zu fördern und Bürger aus den unterschiedlichsten Milieus und Gemeinschaften bei der Bekämpfung von ausländischer Einflussnahme und Desinformation einzubeziehen.

Desinformation verbreitet sich gewöhnlich innerhalb der Bevölkerung und oft horizontal. Statt einen Top-down-Ansatz zu verfolgen, ist dem Problem also besser beizukommen, indem Bürger zum Nachdenken angeregt und direkt eingebunden werden. Die organisierte Zivilgesellschaft kann hier eine entscheidende Rolle spielen, denn Desinformation zerstört den Zusammenhalt unserer Gesellschaften.

Ana Revenco, Direktorin des Zentrums für strategische Kommunikation und die Bekämpfung von Desinformation und eine der Hauptrednerinnen der Konferenz, hob hervor, dass Bürger Desinformation auf sich gestellt nicht entkräften können. Mithilfe des Zentrums könnten sie jedoch ihre Fähigkeiten verbessern, toxische Desinformation langfristig zu bekämpfen, erklärte die Rednerin und fügte hinzu:

„Desinformation aus der Welt zu schaffen, ist ein unrealistisches Ziel. Bei unseren gemeinsamen Anstrengungen geht es darum Falschmeldungen zu entlarven und zu unterbinden, um ihren üblen Einfluss auf unsere Gesellschaften einzudämmen."

Mihai Peicov, Leiter des Zentrums für Bürgerinitiativen für nationale Minderheiten, beschrieb die Einrichtung dieses Zentrums durch die Regierung als einen wichtigen Schritt, um alle in die Gesellschaft zu integrieren. Außerdem müssten für Minderheiten neue bildungspolitische Maßnahmen getroffen werden.

Besondere Aufmerksamkeit wurde bei der Konferenz der Bildung und jungen Menschen gewidmet, denn viele neue Erkenntnisse kamen gerade von den jüngsten Teilnehmern – Studierenden und Journalisten.

Den Videobericht über die Konferenz finden Sie hier.

#EUvsDisinfo (at)



Gemischte Beratende Ausschüsse „EU-Serbien" und „EU-Montenegro" beobachten Beitrittsverhandlungen und erörtern neuen Wachstumsplan

Die Fachgruppe Außenbeziehungen (REX) des EWSA traf mit ihren serbischen und montenegrinischen Partnern im Rahmen des jeweiligen Gemischten Beratenden Ausschusses (GBA) zusammen. Dieses gemeinsame Gremium ermöglicht es den zivilgesellschaftlichen Organisationen beider Seiten, die Beitrittsverhandlungen des jeweiligen Landes zu verfolgen, Fragen von gemeinsamem Interesse zu erörtern und auf problematische Punkte hinzuweisen, die auf dem Weg zum EU-Beitritt gelöst werden müssen.

Am 5. April 2024 empfing der EWSA die serbischen Mitglieder des Gemischten Beratenden Ausschusses in Brüssel, um den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen der EU und Serbien sowie der Beitrittsverhandlungen mit der EU zu erörtern. Weitere Themen waren die Chancen, die sich Serbien mit dem neuen Wachstumsplan und der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan eröffnen, die Situation nach den dortigen Wahlen sowie ein Überblick über den Stand der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Serbien.

An der Veranstaltung nahm auch der neu ernannte Leiter der Mission der Republik Serbien bei der EU, **Danijel Apostolović**, teil, der darauf hinwies, dass eine engere Zusammenarbeit in allen für die Beitrittsverhandlungen Serbiens relevanten Fragen im beidseitigen Interesse liegt.

Der für Kommunikation zuständige Vizepräsident des EWSA, **Laurențiu Plosceanu**, betonte die Bedeutung dieser Zusammenkünfte, da sie die Einbindung zivilgesellschaftlicher Vertreter sicherstellen und damit in Serbien zu einer positiveren Wahrnehmung eines EU-Beitritts beitragen.

Das Treffen endete mit der Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung, die den EU-Organen sowie den lokalen Gebietskörperschaften und der Regierung in Serbien übermittelt werden soll.

Einen Video über das Treffen finden Sie hier.

Am 13. Mai wurde das Mitglied des GBA „EU-Serbien“ **Nataša Vučković** zur neuen Präsidentin der Europäischen Vereinigung für lokale Demokratie (ALDA) gewählt. Der EWSA wurde auf der Generalversammlung der ALDA in Barcelona von Herrn Plosceanu vertreten, der Frau Vučković zu ihrer Wahl gratulierte.

******

In der 18. Sitzung des Gemischten Beratenden Ausschusses „EU-Montenegro“, die am 16. April in Podgorica stattfand, wurde den EU-Organen klar signalisiert, dass Montenegro fest entschlossen ist, bis 2028 der 28. EU-Mitgliedstaat zu werden.

Die Mitglieder des GBA riefen ihre Organisationen, die nationalen Behörden und die EU-Organe dazu auf, sich nach Kräften dafür einzusetzen, dass Montenegro die Zwischenkriterien im Bereich der Rechtsstaatlichkeit erfüllt. Die Vorlage des Berichts zur Bewertung der Zwischenkriterien bis Juni ist ein entscheidender Schritt im EU-Beitrittsprozess, durch den es möglich wird, weitere Kapitel vorläufig abzuschließen.

Der Ko-Vorsitzende des EWSA, **Decebal-Ștefăniță Padure**, erklärte: „Die montenegrinischen Behörden sollten ihre ehrgeizigen Ziele umsetzen, und die organisierte Zivilgesellschaft sollte in jeden Schritt der Beitrittsverhandlungen einbezogen werden“. Die Ko-Vorsitzende der montenegrinischen Seite, **Gordana Đurović**, rief alle Beteiligten auf, die diesbezüglichen Bemühungen mitzutragen, damit die Kommission bis

Juni einen positiven Bericht vorlegen kann.

Der Verhandlungsführer Dr. **Predrag Zenović** wies auf die wichtige Rolle und die konkrete Unterstützung der Zivilgesellschaft im Verhandlungsprozess hin. Für eine Mitgliedschaft Montenegros in der EU sprächen sich 80 % der Bevölkerung aus.

Die EU-Botschafterin in Montenegro, **Oana Cristina Popa**, stellte fest, dass Montenegro wohl endlich die notwendige Stabilität gefunden hat, um sich auf den EU-Beitritt als zentrale strategische Priorität konzentrieren zu können: „Wir werden uns alle darum bemühen, diese Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen zu lassen“.

Am Ende des Treffens wurde eine **gemeinsame Erklärung** angenommen, die dem Stabilitäts- und Assoziationsausschuss, dem Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziationsausschuss, dem Europäischen Auswärtigen Dienst, der Europäischen Kommission und der Regierung von Montenegro vorgelegt werden soll. (at)



EWSA sensibilisiert am Tag der offenen Tür 2024 für die Bedeutung der Teilnahme an der Europawahl 2024

Am Samstag, den 4. Mai 2024, fand der traditionelle Tag der offenen Tür des Ausschusses statt: Dieser öffnete seine Türen für die Öffentlichkeit und informierte die interessierten Bürgerinnen und Bürger über seine Rolle innerhalb der EU-Institutionen und über die bevorstehende Europawahl.

Auf dem Programm standen Aktivitäten am Sitz des EWSA, dem Jacques-Delors-Gebäude in Brüssel. So konnten die Besucherinnen und Besucher die Räumlichkeiten des Ausschusses besichtigen, sich über sein Engagement für die Menschen und über seine Funktion im Beschlussfassungsprozess der EU informieren und mit den Mitgliedern über ihre Interessen und Anliegen diskutieren.

Zudem hatten sie Gelegenheit, sich mit der Arbeit der EWSA-Mitglieder in ihrem jeweiligen Heimatland vertraut zu machen und sich z. B. an interaktiven Spielen und einem EU-Quiz zu beteiligen, und Kinder konnten sich schminken lassen.

Am Vormittag wurde im EWSA auch eine Gruppe von Mitgliedern und Bediensteten begrüßt, die Hunderte von Kilometern durch Frankreich und Belgien geradelt waren, um die Menschen für die Bedeutung der Europawahl zu sensibilisieren.

Angeführt vom EWSA-Mitglied **Bruno Choix** von der Gruppe Arbeitgeber legten sie in vier Tagen insgesamt rund 500 km zwischen Caen (Frankreich) und Brüssel zurück. Auf der letzten Etappe von Waterloo bis zum Sitz des EWSA in Brüssel hatten sich ihnen noch weitere Mitglieder und Bedienstete des Ausschusses angeschlossen. (mp)



Oscar-prämierter ukrainischer Dokumentarfilm „20 Tage in Mariupol“ im EWSA

Am 24. April wurde im EWSA der ukrainische Dokumentarfilm „20 Tage in Mariupol“ gezeigt, der in diesem Jahr in der Kategorie „Bester Dokumentarfilm“ mit dem Oscar ausgezeichnet wurde.

In ihrer Dokumentation zeigen der Journalist **Mstyslaw Tschernow**, gleichzeitig Regisseur des Filmes, und sein Team, was sich im Februar und März 2022 in Mariupol, einer bedeutenden ukrainischen Hafenstadt am Asowschen Meer, während 20 dramatischer Tage der brutalen Belagerung durch Russland abgespielt hat. Tschernow und seine Mitarbeiter, die im Auftrag von Associated Press in Mariupol arbeiteten, waren die letzten ausländischen Journalisten, die sich in der Stadt vor ihrer Einnahme durch die russische Armee aufhielten. Ihre erschütternden Aufnahmen und Fotos, unter anderem von der massiven Bombardierung einer Geburtsklinik und des Stadttheaters, das als Schutzraum für Kinder diente, gingen um die Welt und zeigten die Gräueltaten, die die einmarschierende russische Armee an der ukrainischen Zivilbevölkerung beging.

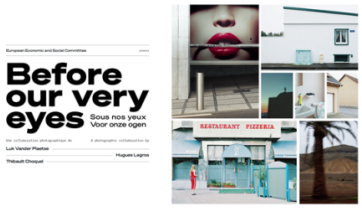
Neben dem Oscar wurde „20 Tage in Mariupol“ mit vielen weiteren renommierten Preisen ausgezeichnet, u. a. dem „British Academy Film Awards“ für den besten Dokumentarfilm und dem Publikumspreis als bester ausländischer Dokumentarfilm auf dem Sundance Film Festival.

An der Vorführung im EWSA nahmen EWSA-Präsident **Oliver Röpke** sowie hochrangige Gäste teil, darunter S.E. **Wsewolod Tschenzow**, Leiter der Mission der Ukraine bei der EU, und **Jewhén Tuzov**, eine der zentralen Personen der Dokumentation.

„Wir müssen uns immer unserer Pflicht bewusst sein, davon Zeugnis abzulegen, was geschehen ist. Dieser Film hat eine klare Botschaft: Wir müssen der Welt zeigen, was Hass anrichten kann. Wir dürfen weder die Opfer des ukrainischen Volkes noch seine Widerstandsfähigkeit angesichts des Grauens vergessen. Die Perspektive einer Mitgliedschaft der Ukraine in der EU ist nicht nur ein Beweis für unsere gemeinsamen Werte, sondern auch ein Hoffnungsschimmer für eine bessere Zukunft“, so EWSA-Präsident **Oliver Röpke**.

„‘20 Tage in Mariupol‘ vermittelt einen schwer zu ertragenden, aber notwendigen Blick auf das durch die Aggression Russlands verursachte Leid. Ich bin stolz darauf, sagen zu können, dass unser Ausschuss in dieser schrecklichen Zeit unbeirrt an der Seite der Ukraine und ihrer dynamischen Zivilgesellschaft gestanden hat. Ihre Anwesenheit heute Abend bedeutet uns sehr viel", erklärte EWSA-Vizepräsident für Kommunikation **Laurențiu Plosceanu**. Der EWSA steht der Ukraine und ihrer Zivilgesellschaft vom ersten Tag des russischen Angriffskrieges an fest zur Seite und hat im Rahmen der Plattform der Zivilgesellschaft „EU-Ukraine“ seine Zusammenarbeit mit ukrainischen Organisationen der Zivilgesellschaft noch verstärkt. Er hat den Ukraine-Hub eingerichtet, der ukrainischen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Belgien Räumlichkeiten zum Arbeiten bietet. Er hat die Initiative „Erweiterungskandidatenmitglieder“ ins Leben gerufen, damit der EWSA sein Fachwissen mit ukrainischen zivilgesellschaftlichen Organisationen teilen kann. Eine hochrangige EWSA-Delegation unter Leitung von **Oliver Röpke** besuchte im November die Ukraine und traf mit der Wirtschaftsministerin **Julija Swyrydenko**, Vertretern des ukrainischen Parlaments, der Werchowna Rada, und der Zivilgesellschaft zusammen. An Gedenkstätten gedachten die EWSA-Mitglieder der ukrainischen Opfer des Krieges.

Die auf Initiative des lettischen EWSA-Mitglieds **Andris Gobiņš** organisierte Vorführung ist ein weiterer Beleg für die Solidarität der europäischen Zivilgesellschaft mit der Ukraine und ihrer Bevölkerung. Darüber hinaus hatten die Besucher die Gelegenheit, eine Fotoausstellung über das belagerte Mariupol zu sehen, die in Zusammenarbeit mit der ukrainisch-belgischen Vereinigung Ukra-Bel organisiert wurde und parallel zur Hauptveranstaltung gezeigt wurde.



„Before our very eyes“ – Impressionen belgischer Kunst im EWSA

Interessieren Sie sich für belgische Kunst? Dann lassen Sie sich die Ausstellung*Before our very eyes* nicht entgehen. Sie findet noch bis zum 27. Juni im Atrium 6 des Jacques-Delors-Gebäudes des EWSA, Rue Belliard 99, statt.

Dort können Sie das Werk dreier talentierter belgischer Künstler bewundern: Luk Vander Plaetse, Hugues Legros und Thibault Choquel.

Mit ihren Fotos fangen die drei, ein Fotograf, ein Grafiker und ein Designer, die Schönheit des Alltäglichen ein. Die Ausstellung atmet eine wilde und sanfte humane Poesie, in der sich verschiedene Gattungen und Menschen treffen.

Sie wurde von den belgischen EWSA-Mitgliedern mit Unterstützung durch ein Koordinatorenteam im Rahmen des EU-Ratsvorsitzes organisiert, den Belgien noch bis zum 30. Juni 2024 innehat. Die Veranstalter möchten die Ratspräsidentschaft nutzen, um die Talente ihres Landes zu präsentieren und die belgische Kultur innerhalb und außerhalb Europas bekannt zu machen. (ll)

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Wirtschaftliche Argumente für eine neue große EU-Erweiterung auf 36 Mitgliedstaaten

von Stefano Mallia, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Aufgrund der Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte und der insgesamt sieben Erweiterungsrunden seit Beginn des Projekts Europa sollten anlässlich des Jahrestags der großen Erweiterung von 2004 auch Fakten und Zahlen angeführt werden, um die in der emotionalen Debatte im Vorfeld der Europawahl im Juni aufgebrachten Zweifel zu zerstreuen.

Der seit drei Jahren andauernde Krieg in der Ukraine hat das Thema Erweiterung wieder ins Zentrum der geopolitischen Agenda Europas gerückt. Mit der raschen Verleihung des Bewerberlandstatus an die Ukraine, Moldau, Bosnien und Herzegowina und Georgien sowie der lang erwarteten Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien wurde in der Erweiterungspolitik nach Jahren der Stagnation ein wichtiger Durchbruch erzielt.

Um diese neue Dynamik aufrechtzuerhalten, sollten wir auch die wirtschaftlichen Argumente für die Erweiterung ins Feld führen.

Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit sind zweifellos wichtige unantastbare Grundsätze, ebenso der leistungsorientierte Ansatz im Erweiterungsprozess, bei dem es keine Abstriche geben darf. Letztlich müssen die Menschen aber von den potenziellen wirtschaftlichen Vorteilen und dem für die nächste Generation in Europa in Aussicht gestellten Wohlstand überzeugt werden.

Wenn aus der Vergangenheit Schlüsse für die Zukunft gezogen werden können, dann sind es unbestreitbar die wirtschaftlichen Argumente für die Erweiterung. So hat sich z. B. der Handel zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten während des formellen Heranführungsprozesses 1994 bis 2004 fast verdreifacht und zwischen den neuen Mitgliedstaaten verfünffacht. Die Wirtschaft der EU-15 verzeichnete vom Beginn des Beitrittsprozesses bis 2008 jährlich ein durchschnittliches Wachstum um 4 %, wozu der Beitritt fast die Hälfte beitrug, und im Zeitraum 2002-2008 wurden drei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

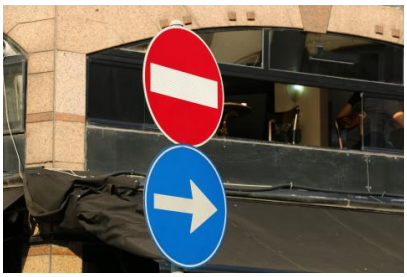
Die COVID-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben deutlich gemacht, dass die EU ihre wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit hinterfragen muss, insbesondere vor dem Hintergrund des grünen Wandels und der Digitalisierung. REPowerEU sieht eine Steigerung der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen in Europa vor. Gemäß der Netto-Null-Industrie-Verordnung und der Verordnung zu kritischen Rohstoffen sollen 40 % der grünen Wertschöpfungs- und Rohstoffketten in die EU verlagert werden. Die EU-Beitrittskandidaten, insbesondere die Ukraine, können dabei eine wichtige Rolle spielen und für mehr wirtschaftliche Sicherheit sorgen.

Was die natürlichen Ressourcen betrifft, verfügt die Ukraine nach Norwegen über die größten Erdgasvorkommen in Europa. Das Land liegt auch bei der Stromerzeugung aus Wasserkraft in Europa mit an der Spitze und könnte diese Energieerzeugung zusammen mit anderen grünen Energiequellen wie Windenergie, Solarenergie und Biomasse noch ausbauen. Die Ukraine ist zudem ein wichtiger Exporteur von Metallen und hat Vorkommen an Lithium und seltenen Erden, die für die grünen und digitalen Branchen von entscheidender Bedeutung sind.

Darüber hinaus ist die ukrainische Landwirtschaft einer der größten Agrarsektoren der Welt. Ihre Integration in den Binnenmarkt würde die Ernährungssicherheit der EU erheblich erhöhen.

Auch für die Länder des westlichen Balkans liegen die Vorteile einer stärkeren Beteiligung am Binnenmarkt klar auf der Hand. Kroatiens BIP ist z. B. seit dem EU-Beitritt des Landes im Jahr 2013 stetig gestiegen, damit auch die Einkommen seiner Bürgerinnen und Bürger. So wuchs das Pro-Kopf-BIP durchschnittlich um 67 % (von 10 440 EUR im Jahr 2013 auf über 17 240 EUR).

Der Weg in die EU wird für die bis zu neun Beitrittsländer schwierig werden, ist aber alternativlos: wenn die EU eine globale Machtposition anstrebt, muss sie zunächst eine regionale Macht werden.



Andere entscheiden schon jetzt für uns – Zeit, das zu ändern?

Von der Gruppe Arbeitnehmer im EWSA

Die Kampagne des Europäischen Parlaments „Nutze deine Stimme. Sonst entscheiden andere für dich“ trifft den Punkt. Das Wahlvideo des EP beschäftigt sich mit den Anfängen des europäischen Projekts, als aus der Asche von Krieg und Völkermord eine friedliche Zukunft aufgebaut werden sollte. Damit schlägt es den richtigen Ton an. Gerade in der heutigen Zeit, in der Extremismus und Gleichgültigkeit um sich greifen, macht die Politik oft eher den Eindruck einer Reality-Show als eines wirklichen Wettstreits der Meinungen.

Sollen wir wirklich andere für uns entscheiden lassen? Die tun das schon jetzt und stellen die Weichen – wieder einmal – auf Sparen.

Unsere Vorsitzende Lucie Studničná hat klipp und klar gesagt: Noch eine Sparkrise können wir uns nicht leisten. Nach den in der letzten Finanzkrise ergriffenen Maßnahmen stecken einige Länder immer noch in einem Zustand des wirtschaftlichen Niedergangs und der Abwanderung von Fachkräften. In Spanien, Italien und Griechenland ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch, und das Pro-Kopf-BIP liegt weiterhin deutlich unter dem Niveau von 2008. Als Reaktion auf das Ausbleiben von Lösungen erleben wir einen Anstieg des Euroskeptizismus und des Populismus, der mit einem Umschwung hin zur extremen Rechten einhergeht.

Die neuen Haushaltsregeln machen die meisten Mitgliedstaaten zu zahnlosen Tigern bei der Bewältigung der klimabedingten und sozialen Herausforderungen. Die Versprechungen von La Hulpe werden verhallen. Die Bevölkerung wird es ausbaden müssen, und wenn weitere wirtschaftliche Schwierigkeiten hinzukommen – von denen die Regierungen sicherlich sagen werden: „Das kommt aus Brüssel“ – könnte das für viele bedeuten: Jetzt reicht‘s!

Demokratie lebt nicht nur durch Wahlen: Die Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften sind grundlegend dafür, sie gesund zu halten. Dennoch ist die Stimmabgabe nicht nur ein Mittel der Legitimität, und zur Urne zu gehen, ist alles andere als nutzlos. Wählen ist ein Recht, das durch den Einsatz und oft mit dem Leben von Millionen von Menschen über viele Generationen hinweg hart erkämpft wurde. Doch wir können es verlieren.

Sparbeschlüsse sind nicht in Stein gemeißelt. Für die Europawahl im Juni und für alle nationalen Wahlen danach wiederholen wir den Aufruf: Nutze deine Stimme! Lass dir die Entscheidung nicht aus der Hand nehmen. Stimme für sozialen Fortschritt. Gemeinsam können wir unsere Länder und die Europäische Union verbessern und das, was nicht funktioniert, ändern.



#EUelections2024: Zivilgesellschaftliche Organisationen erörtern ihre Erwartungen an die EU sowie Prioritäten für die neue Legislaturperiode

von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft

Die Organisationen der Zivilgesellschaft halten es für wichtig, unmittelbare und langfristige Herausforderungen anzugehen, die politischen Strategien der EU in die Tat umzusetzen und die Werte der EU zu stärken. Auch ein strukturierter Dialog mit der Zivilgesellschaft und eine starke Sozialagenda rangieren weit oben auf ihrer Prioritätenliste.

Am 16. April veranstaltete die Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft des EWSA eine Konferenz unter dem Motto *Building Together the EU We Want (Gemeinsam für eine EU nach unseren Vorstellungen).* Vertreter nationaler und europäischer Organisationen der Zivilgesellschaft kamen zusammen, um sich über ihre politischen Prioritäten für die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament und die Unterzeichnung der interinstitutionellen Erklärung von La Hulpe zur Zukunft der europäischen Säule sozialer Rechte auszutauschen.

Der Vorsitzende der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft Séamus Boland eröffnete die Konferenz und sprach an, wie sehr er bedauere, dass viele Politiker der etablierten Parteien in den Mitgliedstaaten offenbar nur sehr ungern mit den Wählern über die EU sprechen. Denn dadurch verstehen die Wähler letztlich nicht, wofür die EU gebraucht wird, und die EU-Politik greift nicht immer die Themen auf, die ihnen am Herzen liegen. Die Folge ist eine gefährliche Entfremdung zwischen der Öffentlichkeit und der EU. Zunehmend wird befürchtet, dass viele Menschen für extremistische Parteien stimmen könnten. „Was jetzt dringend gebraucht wird, ist eine offene politische Debatte. Nationale und europäische Politiker müssen den Menschen vermitteln, vor welchen Problemen die EU steht und wie diese Probleme gelöst werden können. Anders werden wir die Menschen nicht davon überzeugen können, dass die EU den Vielen dient und dass sie unvermindert Chancen bietet, die jedem offen stehen."

Die **Schlussfolgerungen und Empfehlungen** der Konferenz finden Sie hier. Leiten Sie sie gerne weiter! Schwerpunkte sind:

- Bedeutung der Europawahl 2024: die EU am Scheideweg
- Gemeinsam für eine EU nach unseren Vorstellungen: eine von sozialer Gerechtigkeit und Sozialschutz getragene, demokratische und inklusive EU
- Gemeinsam für eine EU nach unseren Vorstellungen: eine tragfähige Wirtschaft auf der Grundlage eines gerechten Übergangs und guter Arbeitsplätze
- Zivilgesellschaft, Bürger und Jugend im Fokus der künftigen EU-Politik

Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen werden in eine **Entschließung des EWSA** mit Vorschlägen für die Politik des neu gewählten Europäischen Parlaments und der neuen Europäischen Kommission einfließen, die im Juli 2024 verabschiedet werden soll.

Weitere Informationen finden Sie in der **Pressemitteilung** zu der Konferenz.

IN FOCUS: 20TH ANNIVERSARY OF GREAT ENLARGEMENT



Die Erweiterung – das mächtigste und erfolgreichste politische Instrument der EU

Von Pat Cox

Unser heutiger Gast ist der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Pat Cox, der auf die große Erweiterung vor 20 Jahren als eine Zeit der großen Hoffnung zurückblickt: Endlich konnten Ost und West, die beiden Hälften des Kontinents, wieder zueinander finden. Während Putin von der slawischen Brüderschaft fabuliert, seine angeblichen Brüder aber mit Marschflugkörpern terrorisiert, bleibt die EU ein freiwilliger, auf den Grundwerten der Achtung der Menschenrechte, der Gleichheit und der Rechtsstaatlichkeit beruhender Zusammenschluss freier und souveräner Völker.

Der am 1. Mai 2004 vom irischen EU-Ratsvorsitz in Dublin ausgerichtete Begrüßungstag und die Begrüßungszeremonie im Europäischen Parlament in Straßburg am 3. Mai 2004 waren für mich politisch und emotional Tage von beispiellosem Optimismus und Hoffnung, ein symbolischer Akt der Heimkehr und der Wiedervereinigung des Kontinents, dessen beide Hälften – Ost und West – wieder zueinander fanden. In Dublin rezitierte Seamus Heaney sein Gedicht *Beacons in Bealtaine*, in dem er den grundlegenden Optimismus in Bezug auf die historische Erweiterung mit den Worten zum Ausdruck brachte: *„Move lips, move minds and make new meanings flare.“*. In Straßburg wurden die zehn Flaggen der neuen Mitgliedstaaten an riesigen Flaggenmasten gehisst, die als Geschenk Polens in den Werften von Danzig gefertigt worden waren. Ihre Reise nach Straßburg war eine symbolische Erinnerung an die Reise vom Kommunismus in Freiheit, die durch die Anwesenheit von Lech Wałęsa personalisiert wurde.

Natürlich war die Veranstaltung für alle der Höhepunkt einer jahrelangen komplexen Vorbereitung auf beiden Seiten. Es herrschte Freude und zugleich Erleichterung bei allen Beteiligten über den Abschluss eines politischen und administrativen Langstreckenlaufs.

Ich sehe in der Erweiterung das vielleicht mächtigste, transformativste und zugleich erfolgreichste politische Instrument der EU der vergangenen fünf Jahrzehnte. Mein eigenes Land, Irland, trat bei der ersten Erweiterungsrunde am 1. Januar 1973 bei. Irland war damals der ärmste Staat mit den ärmsten Regionen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Zugehörigkeit zu einem großen Markt, die europäische Solidarität im Form des Regional- und später des Kohäsionsfonds in den ersten Jahrzehnten der Mitgliedschaft, höhere Standards in der Gleichstellungs- und Umweltpolitik, die Unterstützung des

Friedensprozesses in Nordirland und die Anerkennung der spezifischen Folgen des Brexits für Irland, das als einziger EU-Staat eine Landgrenze mit dem Vereinigten Königreich hat– all das führte im Ergebniss zu besonders positiven Erfahrungen und entsprechenden Ergebnissen. Und auch wenn nicht alles immer so glatt lief, vor allem nicht während der Eurokrise, so ist die Gesamtbilanz doch sehr positiv.

Obwohl ich die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die EU zu verlassen, respektiere und bedauere, zeigt sie doch eines eindeutig: Die EU ist ein freiwilliger Zusammenschluss freier und souveräner Völker, dem man sich aus freien Stücken anschließen kann, und den man ebenso frei wieder verlassen kann. Das steht im starken Kontrast zum neoimperialistischen Krieg Putins in der Ukraine. Putin erzählt täglich seine Mär von der slawischen Brüderschaft – mit Gewehrläufen, detonierenden Raketen und todbringenden Drohnen.

Der Beitritt Griechenlands, Portugals und Spaniens half seinerzeit diesen Ländern, die Diktatur hinter sich zu lassen und erfolgreiche Demokratien aufzubauen, in denen es mit dem Lebensstandard und der Lebensqualität bergauf geht.

Die große Erweiterung von vor 20 Jahren bescherte den neuen Mitgliedstaaten insbesondere in Mittel- und Osteuropa ein spektakuläres Wachstum, das durch steigende Investitionen, den zunehmenden Handel und die Solidarität der EU angetrieben wurde. Im Durchschnitt stieg das Pro-Kopf-BIP dieser Länder in den beiden Jahrzehnten inflations- und währungsbereinigt von weniger als der Hälfte des EU-Durchschnitts auf drei Viertel des seinerseits angestiegen EU-Durchschnitts. Litauens Pro-Kopf-BIP hat sich in diesem Zeitraum verdreifacht. Das Gesundheitswesen und das Bildungswesen haben sich verbessert, was Fortschritte bei der Lebensqualität und dem Lebensstandard mit sich brachte. Die landwirtschaftliche Produktion in der gesamten Region hat sich verdoppelt. Alles in allem hat die große Erweiterung wie auch alle früheren Erweiterungsrunden sowohl den beitretenden Staaten als auch der EU genutzt. Dies stimmt mich in Sachen Erweiterung optimistisch, wenngleich ich keinesfalls blauäugig bin.

Die Ereignisse der letzten Jahre in Polen und immer wieder auch in Ungarn lassen erahnen, was hinter der abweichenden Haltung in Bezug auf die EU-Standards für Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit oder Minderheitenrechte steckt: Der Beitritt zur EU wird als Mittel zum Wohlstand angestrebt, aber die EU als Wertegemeinschaft wir abgelehnt. Der ungarische Ministerpräsident prahlt mit der illiberalen Demokratie in seinem Land. Und wie auch immer man Artikel 2 EUV auslegen mag, so ist er sicherlich keine Charta für eine illiberale Demokratie. („Die Werte, auf die sich die Europäische Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“)

Dieser Artikel gehörte zu den Beitrittsbedingungen und ist in allen Beitrittsverträgen verankert; ihm haben alle beigetretenen Staaten zugestimmt. Die Formel „Behaltet eure Werte und schickt uns nur euer Geld“ bildet keine tragfähige Grundlage für gegenseitigen Respekt. Das sollte auch auf die derzeitigen Beitrittskandidaten, die nach besten Kräften versuchen, sich auf den EU-Beitritt vorzubereiten, seine Wirkung nicht verfehlen. Ich gehe davon aus, dass die Kopenhagener Kriterien in künftigen Verhandlungen stärker im Vordergrund stehen werden; möglicherweise wird es Beitrittsklauseln geben, die der EU eine robustere Handhabe zur Verteidigung von Rechten und Werten bieten. Die EU ist mehr als ein Markt, und der materielle Fortschritt, so wünschenswert er auch ist, ist nicht ihre einzige und nicht einmal ihre wichtigste Daseinsberechtigung.

Die bisherige Erweiterungsbilanz war für alle Beteiligten im Wesentlichen positiv, was einen positiven Ausblick rechtfertigt. Die beitrittswilligen Länder werden in ihrem eigenen Tempo tiefgreifende Veränderungen durchlaufen müssen. Auch die EU wird bei der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten sowie im Rahmen der Heranführungshilfe ihre Hausaufgaben in Bezug auf ihren Beschlussfassungsprozess und ihre Haushaltskapazität machen müssen. Nach der Verleihung des Status als Kandidatenland und der anschließenden Prüfung erfordern die Verhandlungsrahmen, die Eröffnung und die Schließung der Verhandlungskapitel sowie schlussendlich die Beitrittsverträge allesamt die Einstimmigkeit im Rat. Keine dieser Etappen ist unkompliziert oder einfach. Die Hoffnung ist, dass alle Mitgliedstaaten die Verpflichtung zur „loyalen Zusammenarbeit“ einhalten und helfen, die sich aus dem Vertrag ergebenden Aufgaben zu erfüllen (Artikel 4 Absatz 3 EUV).

Die Ukraine ist Sonderfall. Dies hängt mit ihrer Größe, ihrem im Vergleich zum EU-Durchschnitt relativen hohen Anteil der Landwirtschaft und ihrer relativen Armut gemessen am Pro-Kopf-BIP und natürlich mit dem Krieg und seinen verheerenden Folgen zusammen. Dennoch können die Verhandlungen aufgenommen werden. Die Ukraine ist mit ihrem Assoziierungsabkommen und ihrem vertieften und umfassenden Freihandelsabkommen mit der EU bereits auf dem Weg zur Integration. Diese Abkommen könnten im Laufe der Zeit schrittweise ausgeweitet werden, doch letztlich werden geordnete territoriale Verhältnisse und ein stabiler Frieden – in dem die Aussicht auf EU-Mitgliedschaft eine Rolle spielen kann – eine wesentliche Voraussetzung für den Beitritt sein. Die EU braucht Stabilität und nicht Chaos an ihrer östlichen Flanke. Deshalb ist die Aufnahme der Ukraine letztlich genauso im gemeinsamen Interesse wie auch im Interesse der Ukraine.

Pat Cox, Präsident des Europäischen Parlaments von 2002 bis 2004

Pat Cox ist ein irischer Politiker und Journalist. Von 2002 bis 2004 war er Präsident des Europäischen Parlaments und von 2005 bis 2011 Präsident der Europäischen Bewegung International. Seit 2015 leitet er die Jean-Monnet-Stiftung. Er ist außerdem europäischer Koordinator für den TEN-V-Kernnetzkorridor Skandinavien-Mittelmeer (Verkehr) der EU und Leiter der Bedarfsermittlungs- und Umsetzungsmission des Europäischen Parlaments zur parlamentarischen Reform der Werchowna Rada in der Ukraine. In seiner frühen Laufbahn berichtete er als Fernsehjournalist für den Sender RTE in Dublin über aktuelle Angelegenheiten. Im Jahr 2004 wurde Pat Cox für sein parlamentarisches Engagement für die Erweiterung der EU mit dem Internationalen Karlspreis zu Aachen geehrt.



Die große Erweiterung der EU – 20 Jahre danach

Von Jarosław Pietras

Dr. Jarosław Pietras, ehemaliger stellvertretender Chefunterhändler für den Beitritt Polens zur EU, über die Auswirkungen der EU-Erweiterung vor 20 Jahren und ihre wirtschaftlichen und sonstigen Vorteile nicht nur für Polen und andere Beitrittsländer, sondern auch für die EU als Ganzes. Die Entscheidung, die Europäische Union im Jahr 2004 zu erweitern, war ein Bekenntnis der EU zu Einheit, Vielfalt und Solidarität. Mit Blick auf künftige Beitrittsverhandlungen können daraus heute noch wertvolle Lehren gezogen werden.

20 Jahre danach steht außer Frage, dass die Aufnahme der meisten mitteleuropäischen Länder sowie Maltas und Zyperns in die EU nicht nur eine „große Erweiterung“, sondern ein historischer Meilenstein für die gesamte Europäische Union war. Die Auswirkungen waren enorm, insbesondere auf die Wirtschaftslage der neu aufgenommenen Länder.

Der Lebensstandard in den mitteleuropäischen Ländern hat sich durch die Erweiterung erheblich erhöht. Die acht mitteleuropäischen Länder – die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei und Slowenien – verzeichneten gemeinsam einen bemerkenswerten Anstieg ihres BIP in Kaufkraftparität (KKP) pro Kopf. Ohne EU-Beitritt wäre dieser bei Weitem nicht so hoch ausgefallen. Wenn es um die konkreten Vorteile der Integration geht, beziehen sich die Statistiken stets auf Durchschnittswerte. Auch wenn nicht alle Mitgliedstaaten gleichermaßen von den Vorteilen profitiert haben und es einigen Mitgliedstaaten besser geht als anderen, konnten doch alle Länder erhebliche Verbesserungen aufweisen. So konnten beispielsweise die Spitzenreiter Litauen und Polen die größten Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft ziehen. Geringere Fortschritte verzeichnen hingegen Estland und Slowenien, insbesondere aufgrund der Auswirkungen der Finanzkrise von 2008 und den damit einhergehenden Herausforderungen.

Der Beitritt zur Europäischen Union leitete in Polen wie auch in anderen mitteleuropäischen Ländern ein neues Zeitalter des wirtschaftlichen Wohlstands ein. Insbesondere die Entwicklung Polens nach dem Beitritt ist eine Erfolgsgeschichte. Das Land verzeichnete ein beispielloses Wirtschaftswachstum: Sein BIP hat sich zwischen 2004 und 2022 verdoppelt. Auch andere Mitgliedstaaten der Region verzeichneten ein erhebliches Wachstum ihres Pro-Kopf-BIP, wenn auch in unterschiedlichem Tempo. Die Slowakei und Litauen beispielsweise zeigten erfreuliche Fortschritte, die das Entwicklungsgefälle zu Westeuropa weiter verringert haben. Die statistischen Daten über diese Zeit vermitteln ein Bild von Resilienz und Dynamik. Die Länder haben die EU-Mitgliedschaft dazu genutzt, das Wirtschaftswachstum voranzutreiben und ihre globale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Der bemerkenswerte Erfolg unterstreicht die transformativen Auswirkungen der EU-Integration auf die Volkswirtschaften aller neuen Mitgliedstaaten. Dies geschah ungeachtet der Auswirkungen der Finanzkrise, in der die neuen EU-Mitgliedstaaten höhere Wachstumsraten erreichten als erwartet.

Die Zeit nach der EU-Erweiterung von 2004 brachte allerdings auch einige Herausforderungen mit sich. So hat die weltweite Finanzkrise von 2008 Schockwellen in der gesamten europäischen Wirtschaft ausgelöst und die Widerstandsfähigkeit sowohl der alten als auch der neuen Mitgliedstaaten auf die Probe gestellt. Trotz der negativen Auswirkungen der Krise haben sich die neuen EU-Mitgliedstaaten als erstaunlich widerstandsfähig erwiesen und die ursprünglichen Wachstumsprognosen übertroffen. Ihre Fähigkeit, ungeachtet der Krise positive Wachstumsraten zu verzeichnen, zeugt von der Stärke ihrer Volkswirtschaften und den Vorteilen der EU-Integration. Die Krise brachte zwar erhebliche Herausforderungen mit sich, aber die Länder konnten auch von der engen Verbindung mit der europäischen Wirtschaft in vollem Umfang profitieren. Bei dieser Bewährungsprobe konnten die neuen Mitgliedstaaten unter Beweis stellen, wie wichtig ihnen in schwierigen Zeiten die europäischen Werte und die Solidarität sind.

Während des gesamten Verhandlungsprozesses war die polnische Zivilgesellschaft eine starke Triebkraft für Veränderungen und Fortschritt. Organisationen der Zivilgesellschaft, Bürgerbewegungen und Interessenvertretungen spielten eine entscheidende Rolle bei der Förderung der EU-Integration und der Wahrung der demokratischen Werte in Polen. Ihre unermüdlichen Bemühungen, die Menschen zu sensibilisieren, für Unterstützung zu werben und die Entscheidungsträger zur Verantwortung zu ziehen, spielten bei der öffentlichen Meinungsbildung und der Förderung eines positiven Wandels eine entscheidende Rolle. Durch die aktive Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, die Förderung des Dialogs und der Transparenz trug die polnische Zivilgesellschaft zu einem inklusiven und demokratischen Verhandlungsprozess bei, der den Bedürfnissen der Menschen entsprach. Ihr Engagement hat nicht nur den Beitritt Polens zur EU erleichtert, sondern auch das Fundament der Demokratie und der Zivilgesellschaft im

Land gestärkt.

Die Entscheidung, die Europäische Union im Jahr 2004 zu erweitern, war ein Bekenntnis der EU zu Einheit, Vielfalt und Solidarität. Mit der Aufnahme der meisten mitteleuropäischen Länder sowie Maltas und Zyperns hat die EU ihre Wirtschaftskraft, ihren kulturellen Reichtum und ihren geopolitischen Einfluss erweitert. Der Beitritt dieser Länder hat der Union neue Perspektiven, Talente und Chancen eröffnet, ihre Vielfalt bereichert und ihre globale Präsenz gestärkt. Aus geopolitischer Sicht hat die Erweiterung mit der Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder in ihren Rahmen für Zusammenarbeit den Einfluss und die Stabilität der EU gestärkt. Auf institutioneller Ebene hat sie die Perspektiven der EU diversifiziert, ihre Integration vertieft und die Grundlage für eine geeintere und widerstandsfähigere Union geschaffen.

Mit Blick auf die Erfahrungen mit der EU-Erweiterung von 2004 und insbesondere auf den Verhandlungsprozess und die Vorbereitung auf den Beitritt lassen sich wertvolle Lehren ziehen. Heute würde ich mich dafür einsetzen, bei allen künftigen Verhandlungen, insbesondere in den Bereichen Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, den Bedingungen vor dem Beitritt und den Unterstützungsmechanismen mehr Gewicht zu geben. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass die Bewerberländer die erforderlichen Kriterien und Standards erfüllen, bevor sie der EU beitreten, um die Integrität der Union zu wahren und ihre Werte zu schützen. Darüber hinaus ist für die erfolgreiche Integration der Bewerberländer und die langfristige Stabilität der EU die Bereitstellung angemessener Unterstützung während des Verhandlungsprozesses von entscheidender Bedeutung.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen über die EU-Erweiterung von 2004 stand das gemeinsame Bekenntnis zur Stärkung von Stabilität, Demokratie und Wohlstand in ganz Europa. Die Verhandlungen wurden von dem Wunsch geleitet, die Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den europäischen Ländern zu stärken, da sowohl die Bewerberländer als auch die EU-Mitgliedstaaten die beiderseitigen Vorteile einer Erweiterung erkannten. Die Verhandlungen waren zwar komplex und schwierig, aber sie wurden von einer gemeinsamen Vision eines geeinten und wohlhabenden Europas geleitet, in dem alle Länder im Rahmen der Europäischen Union gemeinsam gedeihen können.

In Bezug auf die EU-Bewerberländer 2024 gilt es nun, einige wichtige Überlegungen zu berücksichtigen. Erstens ist die Priorisierung von Reformen zur Anpassung an die Standards und Werte der EU für eine erfolgreiche Integration und langfristige Stabilität innerhalb der Union entscheidend. Dazu gehören die Stärkung der demokratischen Institutionen, die Förderung der Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten. Darüber hinaus ist es für einen reibungslosen Beitritt zur Union maßgeblich, proaktiv mit bestehenden EU-Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um Vertrauen und Unterstützung aufzubauen. Durch ein echtes Engagement für die europäischen Werte und die europäische Zusammenarbeit können die Bewerberländer ihren Weg in eine bessere Zukunft als Mitglied der Europäischen Union ebnen.

Jaroslaw Pietras *ist derzeit als Gastforscher am Brüsseler Wilfried-Martens-Zentrum für Europastudien sowie als Gastprofessor am Europakolleg in Brügge tätig.*

Seit Beginn der Beitrittsverhandlungen Polens mit der EU 1998 bis zum Beitritt des Landes 2004 war er Teil des polnischen Verhandlungsteams. Zwischen 1990 und 2006 war er in seinem Heimatland Polen Staatssekretär im Finanzministerium, Staatssekretär für Europaangelegenheiten und Büroleiter im Ausschuss für europäische Integration. Von 2008 bis 2020 war Pietras Generaldirektor im Rat der Europäischen Union und in diesem Amt für ein breites Spektrum von Politikbereichen zuständig (Klimawandel, Umwelt, Verkehr, Telekommunikation, Energie, Bildung, Kultur, Audiovisuelle Medien, Jugend und Sport). Er hält einen Doktortitel in Wirtschaftswissenschaften der Universität Warschau und ist Autor einer Reihe von Veröffentlichungen zu den Themen EU, Nachhaltigkeit und Handel. In der Vergangenheit war er zudem Fulbright-Stipendiat und Mitglied im Vorstand der Denkfabrik Bruegel (2008–2011).

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Laura Lui (ll)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Giorgia Battiato (gb)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katerina Serifi (ks)
Katharina Radler (kr)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Margarita Gavanas (mg)
Margarida Reis (mr)
Millie Tsoumani (mt)
Pablo Ribera Paya (prp)
Thomas Kersten (tk)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Giorgia Battiato (gb)

Anschrift

European Economic and Social Committee
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
Email: eescinfo@eesc.europa.eu

EESC info is published nine times a year during EESC plenary sessions. EESC info is available in 24 languages
EESC info is not an official record of the EESC's proceedings; for this, please refer to the Official Journal of the European Union or to the Committee's other publications.

Reproduction permitted if EESC info is mentioned as the source and a link is sent to the editor.

05/2024